

Nach der Katastrophe DIE SELBSTBESTIMMUNGSINITIATIVE WURDE ABGELEHNT

Übersicht

Am 25.11.2018 wurde das Schweizer Stimmvolk zur sogenannten «Selbstbestimmungsinitiative», gelegentlich und gehässig auch «SVP-Initiative» genannt, befragt. Allerdings ist mehr als die Hälfte des Volkes zu Hause geblieben. Es haben nur 47.7% eine gültige Stimme abgegeben. 33.8% nahmen sie an, 66.2% lehnten sie ab. Alle Kantone verwarfen sie. ^[1]

Mir Gedanken machen

Ich habe bis jetzt noch keine Kommentare und Analysen gelesen. Vielleicht werde ich es noch tun. Vorerst will ich aber herausfinden, was mir dazu einfällt. Ich habe etwas Ähnliches erwartet (oder befürchtet), allerdings nicht in dieser krassen Art.

Ich könnte auch schweigen; aber ich könnte mich auch fragen, ob ich falsch lag. Das tut man gewöhnlich, wenn etwas geschehen ist, was man nicht wollte. Oder man sucht nach Fehlern, Sündenböcken, Gründen, was weiss ich, wonach. Nun, ich habe keine Angst davor, mich zu irren oder falsch zu liegen, höchstens, es nicht zu bemerken. Daher kann ich ohne die Absicht, jemandem zu gefallen, dieses und jenes vorbringen und damit versuchen, meine Position zu sehen und die Auswirkungen zu verstehen, die dieser doch nicht unwichtige (also wichtige) Urnengang auf mich haben könnte.

Was einfach aussah, nämlich das „sich Gedanken Machen“, stellte sich als nicht einfach und zeitraubend heraus.

Grosswetterlage

Diese Abstimmung fand (oder findet) in einem bestimmten Klima statt, nennen wir es «EU-Klima». Ein Teil des Stimmvolks will die Schweiz in die Europäische Union einbringen, der andere will sie davor bewahren. Die Grösse dieser Teile schwankt. Es kommt auf die tatsächlichen Schritte an, die gemacht werden sollen.

Die Europäische Union

Die EU will sich seit den 1990er-Jahren von einem Wirtschaftsraum zu einem politischen Gebilde, dem «Europa des Friedens» entwickeln. Das ist ihr leider, leider (noch) nicht gelungen. ^{[28][31]} Es herrschen wieder Streit und Zank wie in alten Zeiten. Deutschland und Frankreich dominieren. Ein Art neues «Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation» ist entstanden. Über seine Heiligkeit herrschen allerdings Zweifel, und ein paar Mitglieder machen sich bereit, wieder auszusteigen oder denken laut darüber nach.

Schweiz und EU

Die Schweizer Bevölkerung würde einen Beitritt zur EU höchst wahrscheinlich immer noch ablehnen. Das hat nichts mit «Abschottung» zu tun, sondern vor allem damit, dass unser Land, seine direkte Demokratie, nicht in die «Beamtokratie» ^[2] Europäische Union passt.

Dazu kommt, dass sich die Drohungen der Beitrittswilligen nicht erfüllt haben. Die Schweiz ist nicht untergegangen oder verarmt. *Ein* Argument hat sich auch zerschlagen. Es hiess, wir könnten mitbestimmen, wenn wir mitmachen. Inzwischen haben wir bemerkt, wie diese Mitbestimmung aussieht: Es gibt sie nicht. Deutschland und Frankreich führen das Szepter. Die anderen, Gekauften, müssen kuschen oder werden gemassregelt.

Inzwischen haben einige Länder bemerkt, dass die EU ein Gefängnis ist, auch, wie schwierig es ist, wieder heraus zu kommen. ^[12] Einigen aber scheint es darin zu behagen: Es gibt eine Tagesordnung, geregeltes Essen, eine einheitliche Kleidung, man muss selbst nicht viel denken, bloss gehorchen und keinen Mais machen.

Die einzige Partei in der Schweiz, die sich kompromisslos dafür einsetzt, unser Land aus der EU zu halten, ist die Schweizerische Volkspartei. Die Sozialdemokratische Partei setzt sich kompromisslos für das Gegenteil ein. CVP und FDP überraschen immer wieder mit eigenartigen Bocksprüngen. ^[3] Der Bundesrat sucht anscheinend nach Reset-Knöpfen, die noch nicht installiert sind. ^[4] Das Bundesparlament hat in der Mehrheit vor, sich selbst zu entmachten; denn wenn unser Land ein Bestandteil der Europäischen Union würde, wären die Tage seiner Eigenständigkeit gezählt. Ich weiss nicht, ob es, dieses Parlament, das weiss. ^{[5][6][15][21]}

Parteien und Selbstbestimmungsinitiative

Die SVP hat sich als einzige Partei für die SBI eingesetzt. Kunststück, werden einige einwenden, es ist schliesslich ihr Kind.

Kurzfristig betrachtet, stimmt das. Die SVP hat diese Initiative lanciert. Allerdings geht es nicht um sie, sondern um die Selbstbestimmung. ^[7] Es ist nun die Frage, ob der Rest der Schweiz seine Unabhängigkeit aufgeben möchte.

- Die SP will es. Vielleicht weiss sie auch selbst, dass sie es im Sinne hat.

- Die SVP will es nicht, und sie weiss es, dass sie es nicht will. ^[25]

Bei den Übrigen bin ich mir nicht sicher, was sie eigentlich wollen. Einige scheinen ihre Unabhängigkeit mit in die Europäische Union nehmen zu wollen und bemerken nicht, dass das nicht funktioniert. ^[8]

Selbstbestimmung

Es gibt sie weiterhin, unsere Bundesverfassung tritt jetzt nicht ausser Kraft. ^[9] Es hat sich am 25. November nichts Sichtbares ereignet. Es kam zu keiner Katastrophe – oder höchstens dazu, dass sie **schleichend** weitergeht, wobei Katastrophen nicht dahin schleichen, sondern sich in Explosionen entladen.

Selbstbestimmungsinitiative: Bundesverfassung ist oberste rechtliche Leitlinie

Was ist daran so schlimm, dass sich eine Menge Leute fürchterlich ereiferten und jedes auch noch so hanebüchene (sogar völlig falsche) Argument ausbuddelten, um sie zu bekämpfen?

„Art. 5 Grundsätze rechtsstaatlichen Handelns 1 Grundlage und Schranke staatlichen Handelns ist das Recht. **Die Bundesverfassung ist die oberste Rechtsquelle der Schweizerischen Eidgenossenschaft.**»

Das Fette, Kursive und Unterstrichene ist der von der SVP vorgeschlagene Zusatz.

- Was ist „Recht“? Nichts anderes als eine Sammlung von Bestimmungen, die das Zusammenleben regeln und die akzeptiert worden sind.

- Die SVP schlug vor, dieses „Recht“ präzise zu bezeichnen. Es sollte „Schweizer Recht“ sein. Das passt zur „Unabhängigkeit“, wie sie in Art. 2 Zweck 1 vorgesehen ist.

- Wahrscheinlich hat die „Schranke“ den Gegnern in die Nase gestochen. Sie verhindert, dass fremdes Recht angewandt werden kann. Doch genau das wollen grosse Teile unserer sogenannten Eliten: Sie wollen gelegentlich selbst eine Art Recht aufstellen, selbst wenn es fremdes ist. Man kann (und muss wahrscheinlich) das für einen Auswuchs der Machtgier dieser sogenannten Eliten halten: Sie alleine wollen bestimmen, was geschieht, ob es dem Volke (den Nicht-Eliten) nun schadet oder nützt.

„4 Bund und Kantone beachten das Völkerrecht. **Die Bundesverfassung steht über dem Völkerrecht und geht ihm vor, unter Vorbehalt der zwingenden Bestimmungen des Völkerrechts.**“

Das Fette, Kursive und Unterstrichene ist der von der SVP vorgeschlagene Zusatz.

Was ist „Völkerrecht“?

Wikipedia ^[10] schreibt dazu: Das Völkerrecht (Lehnübersetzung zu lateinisch ius gentium, deutsch ‚Recht der Völker‘) ist eine überstaatliche, aus Prinzipien und Regeln bestehende Rechtsordnung, durch die die Beziehungen zwischen den Völkerrechtssubjekten (meist Staaten) auf der Grundlage der Gleichrangigkeit geregelt werden.“ Man kann sich, wenn man will, die vollständigen Beschreibungen durch die UNO oder die Bundesverwaltung anschauen und wahrscheinlich nicht viel mehr in Erfahrung bringen.

Das Völkerrecht ist das Recht jedes Volkes, ein eigenständiges Volk zu sein. Ich füge noch hinzu: Unabhängig zu sein. Selbst über sein Schicksal bestimmen zu können. Das gilt, übrigens, auch für Libyen, Syrien und den Irak.

Selbstbestimmungsinitiative: Völkerrechtliche Verpflichtungen

Der von der SBI – also der SVP – vorgeschlagene Artikel 56a ist neu. Er will (oder wollte) vorsehen, dass Bund und Kantone keine völkerrechtlichen Verpflichtungen eingehen dürfen, wenn sie der Bundesverfassung widersprechen würden.

- Das ist logisch.

- Es stört allerdings jene Leute, die mithilfe des „institutionellen Rahmenabkommens“ ^[26] mit der EU eine ruhige Kugel schieben wollen.

Selbstbestimmungsinitiative: Bundesgericht an die Kandare nehmen

Ich bin ein juristischer Laie und deshalb mit der Bedeutung der Änderung, welche der Artikel 190 durchgemacht hat oder hätte durchmachen müssen, überfordert. Ich kann bemerken, dass unser Bundesgericht anscheinend begann, sich selbst auszusuchen, auf welcher Rechtsgrundlage es urteilen könne. Das darf es natürlich nicht, und es sollte wieder in seine nationalen Schranken gewiesen werden.

Es handelte sich, soviel man (etwa ich) als juristischer Laie bemerken konnte, um die EMRK, die europäische Menschenrechtskonvention. Sie ist eine Einrichtung des Europarats und nicht der Europäischen Union. Der Europarat besteht aus 47 europäischen Staaten und wurde 1949 gegründet. Die Schweiz trat ihm 1963 bei.

EMRK und unsere Bundesverfassung lebten 50 Jahre lang friedlich nebeneinander. Weshalb sollten sie sich plötzlich in die Quere gekommen sein?

Ich versuche, mir zwei Antworten zu geben:

- Mit dem Migrationschaos, das die EU und vor allem Deutschland – nein: die Regierung Merkel – angerichtet haben, bekamen plötzlich Straftäter Menschenrechte. Natürlich haben sie Rechte, etwa das Recht, auf einen fairen Prozess. Aber dann ist Schluss; sie haben kein Recht auf Straftaten. Und wir übrigen, Nicht-Straftäter, haben ein Recht darauf, dass sie endgültig aus dem Verkehr gezogen werden.

- Wir, das Volk, die sogenannten kleinen Leute von der Strasse, sollen langsam daran gewöhnt werden, dass fremdes Recht gelten kann. Das Juncker-Rezept: Ein bisschen ändern (zwingen), dann die Reaktionen abwarten. Wenn sie nicht schlimm sind, Schritt für Schritt weitermachen, sodass zuletzt das erreicht ist, was wir (die Eliten) wollen, die sogenannten kleinen Leute von der Strasse aber eigentlich nicht wollen. ^[34]

Selbstbestimmungsinitiative: Der Tag der Abstimmung

Das halbe Stimmvolk war anscheinend verwirrt, nicht interessiert und hat sich deshalb nicht zur Urne begeben. Es interessiert sich für Fakten, nicht für Tendenzen. Wahrscheinlich fanden manche Leute gewisse Argumente einfach zu blöde oder zu lächerlich.

Gegner und Argumente

Die Gegner der SBI haben gewonnen: Die Bundesverfassung wird nicht geändert, nicht angepasst. Das Signal wurde kaum gehört. Es wollte warnen: Achtung! Es wird versucht, uns fremdes Recht zu verpassen, auch solches, das wir eigentlich nicht wollen.

Die Gegner der SBI haben gewonnen: Aber hatten sie auch recht? Die Antwort spielt, oberflächlich betrachtet, keine Rolle: Die Mehrheit muss nicht recht haben; aber sie bestimmt, was geschieht oder in diesem Falle nicht geschieht.

Wenn man einige ihrer Argumente betrachtet, dann hatten sie nicht recht. Sie sind zum Teil haarsträubend. Es handelt sich vor allem um Drohungen vor meistens nur eingebildeten Gefahren oder Sünden oder einfach um Unsinn.

Zwei Beispiele für einen solchen Unsinn:

- Diese Initiative sei undemokratisch, wurde behauptet. Eine Initiative ist aber ein Instrument der direkten Demokratie und deshalb nie undemokratisch. ^[13]

- Ein Ja sei ein Rückschritt ins Mittelalter, behauptete einer. Wenn ich mich richtig erinnere, war es ein Ständerat. Nun, das Mittelalter zeichnete sich nicht durch Selbstbestimmung aus – oder doch? Die Eidgenossenschaft entstand im Mittelalter und forderte Selbstbestimmung. So gesehen, hat der Mann recht, es aber selbst nicht bemerkt: Die SBI ist Eidgenossenschaft.

Dem Manne und seinem Argument kommt zugute, dass kaum jemand weiss, wie es im Mittelalter ausgesehen hat, und jeder vermuten kann, es sei schrecklich gewesen.

- Eine Annahme der Selbstbestimmungsinitiative bringe Rechtsunsicherheit, behauptet unter anderen ein Bundesrat. ^[14] Dabei wollte sie gerade diese Rechtsunsicherheit beheben. ^[33]

Wir sind es schon gewohnt, dass man vonseiten der Mächtigen versucht, uns Angst vor Katastrophen in der Zukunft einzujagen. ^[22] Das allein ist schon verstörend; aber noch schlimmer (oder verheerender) ist, dass sich viele tatsächlich Angst einjagen lassen und dann kopflos handeln.

- Die Schweiz würde rechtsbrüchig werden, verlautete von anderer Seite, also zu einem Schurkenstaat werden. Wir würden plötzlich allein und verlassen dastehen. Niemand mehr würde uns gern haben.

Schlimm, nicht wahr?

Als Schurkenstaat wären wir aber in guter (oder eben schlechter) Gesellschaft und alles andere als alleine. ^{[23][24]}

Umfeld

Die Initiative wurde am 12. August 2016 eingereicht. Seither gehört sie zu den Requisiten auf der politischen Bühne. Dazu gehören auch das Rahmenabkommen mit der EU und der UN-Migrationspakt.

Das Rahmenabkommen, das die EU will, und vor allem deshalb will, weil es auch viele Schweizerinnen und Schweizer wollen, ist eine Art Beitritt zur Europäischen Union, und zwar als Passivmitglied. ^[11] Es ist naturgemäss heiss umstritten.

Je näher der 25. November 2018 rückte, umso mehr bekamen gewisse Leute kalte Füsse. Es wurde beschlossen, das Rahmenabkommen auf Eis zu legen. ^{[16][18]}

Vater und Mutter verloren

Am Dienstag, dem 27.11.2018 schaute ich kurz bei der „Weltwoche“ hinein. Roger Köppel sagte, dass der Bundesrat sich mit der Europäischen Union geeinigt habe und am kommenden Freitag darüber orientieren werde. ^[17]

Ich war sprachlos. Es kam mir vor, als hätte ich eben Vater und Mutter und jeden Halt verloren. Ich ging zu Bette.

Scherbeln

Wieder erwacht, schaute ich mir die Lage nüchtern an. Was hatte gescherbelt? Wurde mit falschen Karten gespielt? Steht nicht in unserer Bundesverfassung:

- „Art. 5 Grundsätze rechtsstaatlichen Handelns

3 Staatliche Organe und Private handeln nach Treu und Glauben.“ „Treu und Glauben...“

War das die Katastrophe? War es Täuschung oder nur List?

Ich tippe auf List.

Vielleicht hilft ein Gleichnis weiter:

- Der Bundesrat (und 2/3 des eidgenössischen Parlaments plus diverse Partei- und Wirtschaftsspitzen) wollen den Dampfer «Helvetia» in den Hafen von Brüssel fahren.

- Solange die SBI wie eine drohende Wolke am Himmel stand, hiess es: Nur halbe Kraft voraus!

- Jetzt ist die dunkle Wolke verschwunden: Alle Motoren auf Vollkraft!

(Böse Finger, etwa meine, zeigen vergeblich auf den Eisberg, der dieses Mal allerdings aus mit Vorschriften bedrucktem Papier besteht und die «Helvetia» nicht untergehen lassen, sondern ersticken wird.)

- Ich vermute (oder bin mir darüber ziemlich sicher), dass der Bundesrat die SBI nur deshalb zur Ablehnung empfahl, weil sie ihn auf seiner Fahrt behinderte; er hatte anscheinend keine handfesten Argumente.

Schlussfolgerungen

- Das Thema hat das Stimmvolk nicht sehr berührt.

- Einige von denen, die der SVP gewohnheitshalber eins auswischen wollen, befanden dieses Mal, die Argumente der Gegner seien ihnen zu blöde oder völlig falsch und blieben zu Hause.

- Nicht die zum Teil haarsträubenden Argumente haben gesiegt.

- Es gab kein greifbares Faktum.

- Die Bundesverfassung gilt nach wie vor.

- Versuche, sie zu umgehen, kommen ohnehin und weiterhin vor.

- Schleichwege werden mit oder ohne SBI eingeschlagen.

- Das Signal verpuffte.

SVP und anderes

- Ein paar haben die Gelegenheit genutzt, der SVP eines auszuwischen.

- Also war das Motto: Alle gegen die SVP.

- Das Thema spielt keine Rolle; also kann man irgendwelche, auch abstruse Argumente vorbringen. Sie werden von den Gegnern ohnehin geglaubt. Sie leiden unter einem Schnappreflex: Sobald das „Sünneli“ ^[19] auftaucht, bekommen sie Beschwerden. ^[29]

- Sie (SVP) wird jetzt nicht untergehen.

- Solange die EU existiert, werden auch SP und SVP existieren, sie leben davon. ^[20]
- Sie (SVP) wird vielleicht ihren Biss und die Lust am EU-Gerangel verlieren. Sie kann keine Dankbarkeit erwarten. Das Volk ist den Mächtigen nicht dankbar, vor allem nicht, solange sie leben, weil man nie genau weiss, was sie eigentlich im Schilde führen. Später kann man sie auf einen Sockel stellen und gefahrlos verehren.
- Ein paar Parteien und Organisationen werden ihre Orientierung verlieren; ihr Programm ist nur, das Gegenteil von dem zu tun, was die SVP getan haben möchte.
- Statt Politik-Verdrossenheit hat sich wieder einmal Politiker-Verdrossenheit ^[27] gezeigt.
- Die nächsten Wahlen sind wichtig. Eigentlich dürften wir niemanden wählen, der unsere Unabhängigkeit aufgeben will.
- Ein vollständiger Beitritt der Schweiz zur EU auf Schleichwegen ist noch nicht zustande gekommen.

Ende gut, alles gut

Wir Schweizerinnen und Schweizer brauchten eigentlich nur so lange zu warten, bis sich die Europäische Union zu einem wirklich demokratischen und friedlichen Ding gemausert hat. Sie muss es selbst tun, wir können ihr dabei nicht helfen, höchstens Ratschläge erteilen. Wenn sie einmal soweit ist, suchen wir sie mit dem Ziele, bei ihr zu bleiben, auf, etwa mit den Worten: «Jetzt seid auch ihr so weit, wie wir schon lange sind.» Bisschen überheblich, nicht wahr, oder *auch* überheblich.

Quellen

[1] <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/va/20181125/det624.html>

[2] Die EU ist keine Demokratie. Das Parlament ist ein Scheinparlament. Es hat keine eigenen gesetzgeberischen Rechte. Die EU-Kommission wird ernannt. Es sind also Beamte oder Funktionäre.

[3] Etwa zum Rahmenabkommen.

[4] <https://www.blick.ch/news/politik/reset-knopf-druecken-ignazio-cassis-fordert-svp-zur-zusammenarbeit-auf-id7868915.html>

[5] Unser Bundesparlament ist kein eigentliches Milizparlament mehr. Man kann sich mit Parlieren seinen Lebens-Unterhalt locker verdienen und auch noch eine Familie (möglichst ohne Kinder) komfortabel ernähren. Das ist an sich nicht schlecht, führt aber dazu, dass seine Mitglieder die Verbindung mit der Realität verlieren und ihren Ratssaal (oder auch nur ihre Ideologie) für den Mittelpunkt der Welt halten. Für ein paar ist es anscheinend auch die einzige Möglichkeit, trotz intellektueller Mängel und fehlender wirklicher Tüchtigkeit zu Einfluss und Einkommen zu kommen.

Es gibt quasi einen Fahrplan in ein hohes politisches Amt, und das gilt auch für den Bundesrat:

- **Ius (Recht) studieren.** Dazu benötigt man nicht viel Intelligenz, sondern vor allem ein gutes Gedächtnis. Man muss geschickt sein, um komplexe Zusammenhänge zu verstehen. Ius ist es nicht, höchstens kompliziert oder dann von der Art eines Nähkästchens oder eines Schaltschranks: Eine Unmenge Zeugs, ein Dickicht – aber nicht komplex.

- Dieses Studium ist die leichteste Art, um einen akademischen Titel zu erringen. Der ist wichtig und verleiht einem einen Anstrich von Autorität. Das ist an sich nicht falsch, aber noch keine Gewähr für Richtigkeit. Das heisst, man kann auch mit einem solchen akademischen Titel Unsinn verbreiten. Die Chance, dass er geglaubt wird, ist dann grösser, als wenn ihn ein Nichtakademiker verkündet. Ein Beispiel für einen solchen akademisch geadelten Unsinn: Es wurde behauptet, die Schweiz sei seit etwa 150 Jahren um das Doppelte wärmer geworden als der Rest der Erde. Sie sei also ein klimatischer Sonderfall, meteorologisch abgeschottet. Die Lösung des Rätsels ist einfach: Es gibt erst seit etwa 40 Jahren Messungen der Temperatur über den ganzen Globus. Kein Mensch weiss daher, wie warm es vor 150 Jahren global gewesen ist.

Der Unsinn dieser Behauptung zeigt sich auch darin, dass damit (implizit, also nicht ausdrücklich) behauptet wird, die Luft über der Schweiz enthalte viel mehr CO₂ als die über der restlichen Erde, denn dieses Gas soll angeblich die Wärme gebracht haben.

Die nicht sehr geforderte Intelligenz gilt natürlich nur für das Studium der Jurisprudenz. Im Beruf sieht es dann anders aus.

- Als (guter) Strafverteidiger kommt man ohne sie selbstverständlich nicht aus, denn sie bedeutet nichts anderes als «in etwas hinein sehen können, eine Struktur bemerken». Zusätzlich ist eine gehörige Portion List vonnöten.

- Das gilt auch für die Richter. Die benötigen noch etwas Neues: Pflichttreue. Heute müssen sie sich (und auch die Anwälte) mit naturwissenschaftlichen Fakten befassen.

- **Handwerkliche Berufe oder naturwissenschaftliche Studien** eignen sich weniger. Dort sind tatsächliche Fähigkeiten vonnöten, abgesehen davon, dass es anscheinend einigen Politikern (beiderlei Geschlechts) vor der Wirklichkeit graut. Sie fühlen sich in ihren Vorstellungen und Ideologien wohl. Diejenigen, die etwas für die Realität übrig haben, werden oft überstimmt.

- **Eigene Kinder** sind beim Fortkommen nur hinderlich, vor allem, weil sie sich völlig anders benehmen, als Erwachsene. Zudem benötigen sie Zuwendung, wofür jene nach Posten Strebenden oft wenig Geschick oder Zeit haben.

Jürgen Elsässer ^[32] machte sich über die zunehmend kinderlosen Eliten einmal Gedanken. Ich habe sie bei ihm aufgeschnappt. Jetzt beschäftigt sich auch die «Weltwoche» in einer November-Ausgabe damit.

Kinder sind das Licht am Ende des ziemlich dunklen Tunnels, in dem wir, wegen der Machtgier der Eliten, leben müssen. Nicht auszudenken, dass diese und jener nicht verschwinden und ewig auf seinem Throne kleben könnte.

- Dann benötigt man eine **Ideologie und Mitmacher**. Sie kann brauchbar oder auch nicht sein, das spielt eigentlich keine Rolle. Wichtig ist, dass sie in Gesetze und Verordnungen gegossen werden kann. Übrigens die gängige Methode der EU: Möglichst viel oder alles in Vorschriften giessen. Ob es den Menschen passt oder nur brauchbar ist, spielt keine Rolle. Die EU ist eigentlich nicht viel mehr als eine riesige Menge beschriebenes Papier.

Ein weitere Möglichkeit, sich bemerkbar zu machen, ist, **schrill** aufzutreten und **verrückte Thesen** anzubieten. Es gibt immer eine Menge Leute, die darauf hereinfallen.

Hochhangeln: Manche Politikerinnen und Politiker lernen, wie man sich am politischen Klettergerüst hochhangeln und oben kleben bleiben kann; aber nicht alle lernen, was man dort an Brauchbarem machen müsste. Ein gutes Beispiel ist die deutsche Bundeskanzlerin. Sie hat den Aufstieg geschafft, die Konkurrenz ausgeschaltet. Aber was macht sie eigentlich für ihr eigenes Land? Dabei geht mich nichts an, was in Deutschland geschieht, und ich bin nicht befugt, mich dort einzumischen – oder nur soweit, als es in unser Land einstrahlt. Dies geschieht. Die angeblich «mächtigste Frau der Welt» (ich schlage «Erde» vor; die Welt ist um einiges grösser) wird von einigen unserer nicht gar so mächtigen gerne kopiert.

Auftreten

Manchmal wundere ich mich über die Kommentare aus dem Fussvolk zu Politikerinnen oder Politikern.

- Sie hat ein überzeugendes Auftreten, heisst es etwa. Das haben auch Schauspieler.
- Sie (oder er) kann seine Anliegen gut vertreten. Das kann auch ein Hausierer.

Das Geheimnis ist: Keine Spur eines Zweifels an seinen Behauptungen haben oder gar zeigen. Falls es solche geben könnte, dann sofort Reissleine ziehen! Ein Argument muss nicht stimmen, es kann sogar völlig absurd oder idiotisch sein. Hauptsache ist, es wird geglaubt.

Es nur gut meinen

Damit wird häufig argumentiert. Man wolle nur das Beste für uns, wolle, dass es uns und unseren Nachkommen gut gehe. Was bedeutet „gut gehen“? Gefahrlos in einem Zoo statt in der freien Wildbahn leben? Wer an diesem „Gut Meinen“ kratzt, findet, was darunter steckt: Wir sollen gehorsam sein.

Achtung: Wir benötigen einen Staat. Also benötigen wir auch gute Politiker. Es gibt sie. Heutzutage sind sie vielleicht und wie es scheint etwas dünner gesät als auch schon. Ich weiss es gerade nicht. Vielleicht schaue ich später einmal genauer hin.

[6] Wahrscheinlich möchten einige aufsteigen, im grossen Europa gross, etwa EU-Kommissar oder EU-Kommissarin und mit „Ihre Exzellenz“ angesprochen werden. Ein Lobhudler, an dessen Namen ich mich nicht mehr erinnere, schrieb vor Jahren, Kurt Furgler sei zu gross für die Schweiz gewesen. Ich schrieb damals einen Kommentar und war der Ansicht, unser Land sei grösser als jeder seiner Bewohner.

Wer selbst klein und wenig bedeutend ist, sehnt sich nach einem grossen Lande und meint, wenn er darin leben könne, werde er selbst auch grösser.

[7] Der Eindruck, jede Partei habe eine andere Schweiz im Auge, stimmt wahrscheinlich nicht unbedingt. Eine bessere Formulierung wäre: Jede hat zuerst einmal ihr eigenes Wohl im Auge. Noch besser stimmt wahrscheinlich für eine Menge Politikerinnen und Politiker, dass ihnen das eigene Wohl am nächsten liegt. Ich kann mich noch erinnern, mit welcher Spannung (und geheimen Herzklopfen) ein Berner Ständerat auf das Wahlergebnis wartete. Er reiste extra nach Bern und benahm sich so, als wenn er vor dem ersten Rendezvous stünde.

Die Parteien sollten einander helfen, statt streiten.

Ihre Positionen kann man an den extremen Tendenzen deutlich sehen: SVP schliessen, SP öffnen. Auf ein Wohnhaus angewandt, ist der richtige Zustand: Es ist beides nötig.

Die SP betrachtet den EU-Beitritt als Öffnung. Das stimmt nicht. Es ist nur eine andere Art des eingeschlossenen Seins. Sie hat sich eine juvenile Ansicht bewahrt: Es ist überall besser als zuhause, während die SVP der Meinung ist, daheim sei es am schönsten.

Die übrigen jagen vor allem nach Zustimmung – dies ist jedenfalls mein Eindruck. Oder sie verfolgen skurrile Ziele wie etwa 10% Anteil am Parlament, skurril deshalb, weil dem Lande damit noch nicht gedient ist.

[8] In dieser Gruppe befinden sich auch Leute, die nicht zu „Frau und Mann von der Strasse“, wie wir Machtlosen etwa genannt werden, gehören. Ich kann mich an einen Bundesrat erinnern, der das im Radio um 1999 herum vorbrachte. Ich kann die Quelle nicht angeben, sodass ich seinen Namen nicht nennen darf; ich weiss aber noch genau, was geschehen ist. Es hat mich damals erschüttert, was man daran ablesen kann, dass es mir bis heute im Gedächtnis geblieben ist und von Zeit zu Zeit fast schmerzlich wieder daraus auftaucht.

[9] „Art. 2 Zweck 1 Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes. 2 Sie fördert die gemeinsame Wohlfahrt, die nachhaltige Entwicklung, den inneren Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt des Landes.“

- Unabhängigkeit ist gleich Selbstbestimmung.

- Der „innere Zusammenhalt“ ist schwieriger zu bewahren und zu fördern. Das kann die BV nicht, das müssen schon wir selbst tun.

[10] Wikipedia, die angeblich „freie Enzyklopädie“ ist nicht frei, sondern kostenlos zugänglich, aber parteiisch. Man darf sie benutzen, wenn man sich zum Beispiel die Funktionsweise eines Dieselmotors beschreiben lassen will. Der existiert ohne Zugehörigkeit zu einer Partei oder sonstigen Gruppe. Ihre (Wikis) Meinung ist aber manchmal gefärbt und nicht objektiv.

[11] Passivmitglieder zahlen den Beitrag, halten sich an die Bestimmungen, haben aber nichts zu sagen.

Angebliche Gründe für EU-Beitritt:

- SP: Fernweh, Sehnsucht nach möglichst viel Staat.

(Nötig wäre ein Ausgleich zwischen Staat und Nicht-Staat).

- Gegenseitige Hilfeleistung: Zusammen könnten die Probleme besser bewältigt werden, heisst es etwa. Das stimmt; aber es stimmt auch, dass man, wenn man sich zusammen tut, Probleme hat, die man nicht hat, wenn man sich nicht zusammen tut. Abgesehen davon kann man auch Probleme lösen, indem man sich auf Zeit oder nach Bedarf zusammenschliesst.

Mein Eindruck: Ein paar wollen in die EU und suchen sich Argumente zusammen, brauchbare und unbrauchbare, richtige und falsche, verrückte und vernünftige; ein paar wollen nicht in die EU und suchen sich Argumente...

Ich wage einen Vergleich: Der Winterpneu zu einem Kleinwagen passt nicht auf einen Lastwagen.

[12] Gefangen in einer unpassenden, starren Währung, gefangen im Migrationschaos, gefangen in einer absurden Hetze gegen Russland.

[13] Das behauptet eine „Operation Libero“. Die Staatskunde bietet eine etwas andere (und stimmigere Version) an.

[14] <https://www.economiesuisse.ch/de/artikel/nein-zur-sbi-sie-schadet-der-direkten-demokratie>

[15] Weshalb will die halbe Schweiz der EU beitreten, obwohl sie nicht hinein passt? Oder, anders formuliert: Weshalb will die EU uns unbedingt auffressen? Diese letzte Frage lässt sich leicht beantworten: Erstens, weil die EU das neue Römische Reich werden will und zweitens, weil sie sieht, dass viele Schweizer das auch wollen. Also: Wenn sie bemerken würde, dass unser Land (seit dem Mittelalter) geschlossen eigenständig bleiben will, würde sie einlenken und mit uns zusammen versuchen, ein gutnachbarliches Verhältnis aufzubauen. Dazu dienen Verträge, wie sie von gleich berechtigten Partnern geschlossen werden und wovon es schon eine Menge (100-200?) gibt. Weshalb wollen Schweizerinnen und Schweizer nicht selbständig bleiben?

- Fatalismus: Die Schweiz werde so oder so einmal zur EU gehören (müssen); also das Schreckliche so bald wie möglich hinter sich bringen. («Fatal» bedeutet «schicksalhaft».)

- Angst vor dem Alleinsein: Es gibt nun einmal viele Leute, die dazu gehören, sich irgendwo anlehnen können wollen, sich auf eigenen Beinen unsicher fühlen, quasi einen Rollator benötigen oder bloss von Gier nach Macht besessen sind.

Und so weiter, die Liste ist wahrscheinlich lang.

[16] NZZ vom 12.08.2018: „Wie Levrat und Pfister forderte auch FDP-Präsidentin Petra Güssi, die Verhandlungen für ein Rahmenabkommen vorerst auf Eis zu legen...“

Ich ergänze: ... so lange, bis die Abstimmung zur SBI gelaufen ist.

[17] <https://www.weltwoche.ch/daily.html>

[18] Der Bundesrat hat sich, soviel ich weiss, nicht ausdrücklich für eine Eislagerung ausgesprochen, allerdings immer wieder Entscheide verschoben, aber bis Ende 2018 eine Einigung gewünscht oder zwischendurch einen Reset-Knopf gedrückt, über dessen Beschaffenheit allerdings nichts verlautete. Auf die hübsche Idee, den Machthabern in Brüssel freundlich zu erklären, dass die Schweiz nicht in ihr papierenes Konstrukt passe und Verträge wolle, aber keine Unterwerfung, ist er nicht gekommen, oder es hat ihn davor gegraut.

[19] Roger Schawinski im Gespräch (oder was immer das war) mit Frau Martullo. Ich habe kurz hinein gehört und den Eindruck bekommen, Schawinski sei bemüht, seine Gesprächspartnerin vom Reden abzuhalten.

<https://www.srf.ch/play/tv/schawinski/video/schawinski-im-gespraech-mit-magdalena-martullo-blocher?id=2a8cd306-d9c7-412a-b446-2d716b620462>

[20] Ein paar Bemerkungen zu Christoph Blocher, dem angeblichen „Übervater“ der Schweizerischen Volkspartei.

- Ein „Übervater“ hat einen religiösen Schimmer.

- Er hat massgeblich dafür gesorgt, dass die Schweiz bis heute der EU nicht beiträt.

- Das geben sogar Leute zu, die ihn nicht besonders mögen.

- Wer ihn gar nicht mag, streitet es ab.

- Ich habe ihn in den 1990er-Jahren erlebt. Er war immer laut und dezidiert, wurde aber auf das Übelste beschimpft, was nicht spurlos an seiner Ausdrucksweise vorüber gegangen ist.

- Er liebt diese Gefahr und wächst mit ihr. Einmal hat er seine Situation mit jener von Churchill um 1940 verglichen.

- Churchill wurde abgewählt, nachdem er seine (riesige) Aufgabe bewältigt hatte. Das Volk liebt die Übermächtigen nicht. Sie laufen Gefahr, die Massstäbe zu verlieren. Ihre Zuneigung kann bedrohlich werden.

- Napoleon hat das einmal hübsch ausgedrückt, als er Madame de Staël beschrieb: Sie meint es so gut mit ihren Mitmenschen, dass sie sie eigens dafür ins Wasser schmeisst, um sie wieder retten zu können.

[21] Neben ihrer Besessenheit, Unmengen von Papier mit Vorschriften zu versehen, hat die EU auch das Ziel, uns Menschen zu einer Art Apparaten oder Robotern zu machen, Wesen, die von der Wiege bis zur Bahre nach einem (von ihr gewünschten) Programm handeln. Man will uns demnächst auch das selbständige Führen eines Fahrzeugs oder den Verzehr einer von der Norm abweichenden Salatgurke verbieten.

[22] Ein grässliches Beispiel ist die Angst vor einer Klimakatastrophe. Sie muss in der Zukunft stattfinden, weil die Gegenwart kaum Grund gibt, sie zu fürchten.

[23] Mir fiel auf, dass immer mehr «Kleine», also Vertreter von kleinen Parteien, von denen man meistens nichts hört, den Mund weit aufrissen, je näher der Abstimmungstermin kam und umso klarer wurde, dass die SBI abgelehnt würde. Vielleicht mache ich mir daraus eine Art Polit-Barometer. Der Mechanismus ist klar: Die Kleinen leben politisch ziemlich im Schatten. Sie haben selbst keine brauchbaren Programme und müssen warten, wohin die Richtung geht. Sobald sie die entdeckt haben, schlagen sie sich sofort zu den wahrscheinlichen Gewinnern, veranstalten ein Geschrei und tun so, als ob der Sieg ihnen zu verdanken sei.

[24] Man (etwa ich) kann feststellen, dass es anscheinend eine Art Siegesrezept gibt: Gegen die SVP-Sein ist schon halb gewonnen. Ich halte dies für ziemlich unbedarft, ja kindisch, weshalb mir diese Partei Respekt einflösst, umso mehr, als sie jetzt, oberflächlich betrachtet, verloren hat – falls sie nun nicht den Schwanz einzieht und versucht, handzahn zu werden.

[25] Wenn man die Unterschiede ein wenig zuspitzt, kann man sie besser sehen:

- SP: so viel Staat wie möglich

- SVP: so wenig Staat wie nötig

Das heisst:

- Wir benötigen den Staat (Regierungen, Verwaltungen) in manchen Belangen, in anderen aber nicht.

- Er ist dann nötig, wenn etwas getan werden muss, was nicht sofort rentiert oder nicht privaten Interessen ausgeliefert werden darf.

Statt vieler nur ein einziges Beispiel: Die Polizei. Nicht auszudenken, wenn sie jemandem gehörte, etwa den Eliten.

Man kann sie (Unterschiede) auch überspitzen:

- SP: Der Staat macht alles. Ich muss mir nur eine gute Stelle darin aussuchen und sichern.

- SVP: Es gibt keinen Staat. Ich mache mir die Gesetze selbst.

[26] «Institutionelles Rahmenabkommen» ist ein Euphemismus – eine «beschönigende, mildernde Umschreibung» - für «ziemlich breite bedingungslose Unterwerfung der Schweiz unter die EU».

[27] Der Begriff «Politiker-Verdrossenheit» stammt nicht von mir. Ich fand ihn letztthin bei einem klugen Menschen, weiss aber nicht mehr, bei wem.

[28] Dabei hätten wir diesen Frieden nötig oder haben gesehen, wie gut er uns tut. Die Menschheit, nach den beiden Weltkriegern selbst erschrocken über ihre schreckliche Mordlust, tat alles Mögliche, damit solches nicht mehr geschehen sollte. Anscheinend ist sie inzwischen nachlässig geworden, und es gelüstet sie wieder nach Blut und rasselnden Säbeln.

Man könnte nun einwenden, die EU sei «noch nicht» zu einem «Europa des Friedens» gediehen. Man müsse ihr Zeit lassen, es zu werden. Ja, gut, Hoffnung erleichtert einem das Dasein.

Wenn man nicht an einen «Weltfrieden», einen «globalen Frieden», sondern nur an ein «friedliches Europa» denkt, dann kann eine Grossmacht Europäische Union Sinn machen. Die USA ist eine. In ihrem Innern herrscht eine Art Frieden. Jedenfalls schlachten sich die einzelnen Staaten nicht gegenseitig ab. Eine Grossmacht EU wäre in ihrem Inneren friedlich, aber nur dort, gegen aussen nicht, zum Beispiel nicht gegenüber Russland. Es könnte ihr beitreten, oder sie ihm, es sitzt schon im Europarat. Das wäre dann eine «Eurasische Union».

[29] Der «Pawlowsche Hund» funktioniert ähnlich. Iwan Petrowitsch Pawlow konditionierte einen Hund. Er zeigte ihm eine Zeitlang Futter und liess gleichzeitig eine Glocke klingen. Der Hund reagierte mit der Produktion von Speichel. Schliesslich läutete Pawlow nur noch die Glocke, und der Hund reagierte wie gewöhnlich, ohne Nahrung zu bekommen.

Etwas Ähnliches kann man bei den Gegnern der SVP bemerken. Sie brauchen bloss wahrzunehmen, dass etwas aus dieser Partei erscheint, und schon beginnen sie, ihre Zähne zu fletschen, ohne zu wissen, worum es sich handelt.

Man kann einwenden dies geschehe auch, wenn es um eine andere Partei gehe. Dem Einwand wird stattgegeben.

[30] Komplexe Geschehnisse sind solche, in denen ständig sich gegenseitig beeinflussende Kräfte (oder eben Einwirkungen) vorhanden sind. Ihr Grad steigt mit ihrer Anzahl. Ein einfaches Beispiel ist der Fliehkraftregler einer Dampfmaschine. Ein sehr komplexes Beispiel ist das Wetter und damit das Klima, so verflixt komplex, dass der Weltklimarat um 2001 herum geschrieben hat, es sei nicht vorausberechenbar – was (akademische) Leute nicht daran hindert, es doch zu tun.

[31] Ich weiss allerdings nicht, ob ein Friede überhaupt ein Ziel der EU ist. Neuerdings hört man andere Töne. Juncker und jetzt auch Macron rufen nach einer Armee. Soldaten, also Krieger, und Waffen, die den Frieden bringen sollen? Auf den ersten Blick scheint das verrückt zu sein; weil aber die Menschheit verrückt ist, macht es wiederum Sinn, denn das Verrückte ist für Verrückte normal. Die Algebra liefert dazu sogar einen Beweis: Minus mal Minus ist Plus.

[32] Jürgen Elsässer ist Chefredaktor von «Compact Magazin».

[33] Was ist Rechtssicherheit?

- Es gibt ein und nur ein Recht.

- Es ist für alle gültig.

Falls unsere Bundesverfassung oder die Gesetze angepasst werden müssen, dann soll das geschehen. Es geht aber nicht, dass sich die Gerichte quasi aussuchen dürfen, nach welchem Rechte sie richten können, denn genau dies wäre Rechtsunsicherheit.

[34] "Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt." - in Die Brüsseler Republik, Der Spiegel, 27. Dezember 1999.

https://de.wikiquote.org/wiki/Jean-Claude_Juncker